
15303/J XXIV. GP

Eingelangt am 28.06.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde an die
Bundesministerin für Finanzen

betreffend Zahlungen im Zusammenhang mit den Privatisierungen 2000 bis 2006/
Börsegang der Post AG

BEGRÜNDUNG

Im Mai 2006 erfolgte der erfolgreiche Börsengang der Post AG und brachte der Republik Österreich einen Erlös von 650 Millionen Euro brutto. Dem ging ein Initial Public Offering voran, im Rahmen dessen fünf Banken Gebühren und Provisionen im Umfang von 13 Millionen Euro für die Vorbereitung und Abwicklung einnahmen: Erste Bank 3,9 Millionen Euro, Goldman Sachs 3,9 Millionen Euro, Deutsche Bank und Bawag PSK jeweils 650.000 Euro und Raiffeisen Centrobank 3,9 Millionen Euro.

Gemäß der Buchhaltung der Valora AG Peter Hoheggers flossen im Zusammenhang mit der Beauftragung der Raiffeisen Centrobank AG (RCA) für den Börsengang der Post AG Erfolgsprovisionen in der Höhe von 350.000 Euro (exkl. USt) als Gegenleistung für den erhaltenen Auftrag. Dazu vermerkt das Nachrichtenmagazin profil: *„Hohegger und Meischberger hatten dafür zu sorgen, dass das Investmenthaus bei der Post-Privatisierung vom Finanzminister und der ihm unterstellten ÖIAG nicht übersehen wurde.“* (Nr.12, 19. März 2012, S. 44)

Jahre zuvor, im Frühjahr 2003, war ein Rahmenvertrag zwischen der RCB und der Valora AG über monatliche Zuwendungen zwischen 3000 und 5000 Euro zwecks „Landschaftspflege“ und Lobbying im schwarz-blauen Regierungsbereich geschlossen worden. Speziell den Kontakt zur FPÖ galt es herzustellen. Laut der RCB Vorstandsvorsitzenden Eva Marchart sollte Hohegger die Bank bei Privatisierungsvorhaben der Regierung ins Geschäft bringen und dafür neben den monatlichen Zuwendungen auch Erfolgshonorare erhalten. Gegenüber profil gab Peter Hohegger an, dass ihm Walter Meischberger im Frühjahr 2003 einen Vorschlag der RCB zur Vermittlung von Kontakten ins Finanzministerium unterbreitete, der in einem Vertrag über die Zusammenarbeit mündete: *„Bei jenen*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Aufträgen, wo wir die Centrobank ins Spiel bringen, sollten wir zusätzlich eine Erfolgsprovision in der Höhe von zunächst 15 Prozent, später dann 10 Prozent des jeweiligen Transaktionswertes erhalten. “

Ein erstes konkretes Geschäft habe es noch 2003 gegeben, beim 2. Geschäftsfall handle es sich um den Verkauf der bulgarischen Mobiltel (an die Telekom Austria) und der dritte sei der Postbörsengang gewesen, sodass die Valora eine Gesamtsumme von 350.000 Euro von der RCB erhielt. Diese sei zu zwei Drittel an Meischberger gegangen, der gute Kontakte zur RCB pflegte. *„Die haben einen Zugang beim Finanzminister gesucht. (...) Meischberger hatte den Kontakt zu Grasser monopolisiert, er hat ihn ja auch politisch beraten,“* so Hochegger. Die RCB bekennt sich zum Vertrag mit der Valora AG und stellt intensive Kontakte zu Meischberger in Abrede.

Die Auswahl der Investmentbanken zum Zwecke einer Privatisierung ist Aufgabe der ÖIAG, die allerdings Rücksprache mit dem Finanzministerium hält. Dass ein Freund des ehemaligen Finanzministers bei der Privatisierung der Post AG Provisionen von einer beauftragten Bank erhielt und mit seinem Partner 1:2 aufteilte erinnert an Provisionszahlungen beim Verkauf der bundeseigenen Wohnbaugesellschaften und bei anderen im letzten Untersuchungsausschuss thematisierten Immobiliengeschäften. Beispielsweise existieren über die Einflussnahme des ehemaligen Finanzministers Karl Heinz Grasser auf die Auswahl der Investmentbank Lehman Brothers im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bundeseigenen Wohnbaugesellschaften zahlreiche Hinweise.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Welche Banken beauftragte die ÖIAG im Zeitraum 2000 bis 2006 mit Beratungs- und Abwicklungsleistungen im Rahmen von welchen Privatisierungen und wie hoch waren die bezahlten Beträge?
2. Zu welchen Privatisierungsvorhaben wurde die Raiffeisen Centrobank von der ÖIAG herangezogen?
3. Kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass das Ministerkabinett im BMF im Zeitraum von 2000 bis 2006 Einfluss auf die Auswahl von Investmentbanken im Zuge von Privatisierungen nahm?
4. Nach welchen Kriterien wählte die ÖIAG die zu beauftragenden Investmentbanken aus?
5. Welche Bemühungen wurden unternommen und welche Vorkehrungen wurden getroffen, um die Zahlungen von Provisionen und Kick-Back-Zahlungen im Zusammenhang mit Privatisierungen der ÖIAG auszuschließen?